

Politische Verortung 2021

Es gibt inzwischen fast zahllose Wahlmatten, mit denen man die Programme der kandidierenden Parteien mit den eigenen Positionen abgleichen kann. Ich zweifle immer wieder ein wenig am Sinn solcher Detailvergleiche, weil wir nur allzu gut wissen, dass neue Herausforderungen neue Entscheidungen erforderlich machen werden, bei denen es nicht mehr auf einstige Beschlüsse beim Programmparteitag ankommen wird, sondern auf die grundsätzliche Haltung der Parteien. 2017 konnten wir unsere Wahlentscheidung beim besten Willen nicht von der Frage abhängig machen, wie die Kandidatinnen und Kandidaten auf eine Pandemie reagieren werden. Auch die Klimakatastrophe war damals im breiten Bewusstsein fast noch ein Randthema.

Noch weniger nützlich sind die im Internet kursierenden aus den USA importierten Fragebögen. Die hier beispielsweise zur Sexualmoral gestellten Fragen mögen für sehr fromme Kreise in Amerika bedeutsam sein, nicht jedoch für Europa. Ich habe nachstehend einmal Themenkreise aufgegriffen, die wohl nicht nur für mich in den kommenden Jahren wesentlich sein werden.

Zu jeder Thematik steht in der oberen Zeile eine These und in der unteren Zeile die Gegenthese. Mit den Ziffern von 1 bis 5 können Sie die Nähe Ihrer Position zu einen oder anderen These markieren.

Nach der Vergabe dieser Ziffern können Sie dann in etwa Ihre mehr oder weniger große Nähe zu einen oder anderen politischen Richtung einschätzen. Weil mir kein Internetauftritt zur Befragung einer relevanten Personenzahl zur Verfügung steht und ich einen solchen auch nicht organisieren will, bleibt der Erkenntnisgewinn aus dieser Befragung ganz persönlich bei Ihnen.

1

Eine Klimakatastrophe im Sinne einer dramatischen Erwärmung der Atmosphäre innerhalb von nur hundert Jahren vorrangig aufgrund des CO₂-Ausstoßes nebst Waldrodung und Flächenversiegelung ist wissenschaftlich zwingend nachgewiesen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Ein menschlicher Einfluss auf das Weltklima ist neben den erdgeschichtlich bekannten stetigen Temperaturschwankungen nach Art und Umfang umstritten und fraglich.

2

Maßnahmen zur Anpassung unserer Lebensführung und Wirtschaftsweise an den bereits eingetretenen Klimawandel und der Kampf gegen die weitere Erwärmung der Atmosphäre sind die größten Aufgaben der Menschheit im 21. Jahrhundert und haben Vorrang vor allen anderen Zielsetzungen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Klimapolitik hat in einem angemessenen Verhältnis zur Förderung von Wirtschaftswachstum, individuellem und kollektivem Wohlstand, Mobilität und Sicherung von Arbeitsplätzen zu stehen.

3

Zur Begrenzung klimaschädlicher Wirtschaftspraktiken, Rohstoffgewinnungen, Konsumgewohnheiten und Mobilitätsformen sind staatliche Lenkungsmaßnahmen bis hin zu hoher Besteuerung und Verboten unabdingbar.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Zur Anpassung von Produktion, Konsum und Mobilität an klimapolitische Ziele ist vorrangig auf die bewährten Kräfte des Marktes zu setzen, nicht jedoch auf eine Verbotskultur.

4

Deutschland muss trotz seines prozentual geringen, aber doch überproportionalen, Anteils am weltweiten Ausstoß klimaschädlicher Gase diesen Ausstoß im nationalen Maßstab schnellstens reduzieren, innerhalb der EU darüber hinaus auf diese Reduktion dringen und als führende Wirtschafts- und Technologiemaßnahme insoweit eine Vorbild- und Vorreiterfunktion einnehmen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Deutschland hat am weltweiten CO₂-Ausstoß nur einen Anteil von etwa 2 Prozent. Solange nicht Länder wie USA, China und Indien diesen Ausstoß massiv reduzieren, würde übertriebener Aktivismus bei uns nur unsere Wettbewerbschancen schädigen.

5

Bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen und der Sicherstellung der Mobilität von Personen, Gütern, Informationen und Energie muss der Anteil selbstverwalteter, genossenschaftlicher, kommunaler, staatlicher und sonstiger gemeinwirtschaftlicher Organisationsformen verstärkt und vergrößert werden. Große Kapitalgesellschaften bedürfen schärferer öffentlicher Kontrolle.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Sozialismus in jeder Form hat weltweit versagt. Wirtschaft ist Sache der privaten Hand. Der Staat hat sich aus unternehmerischer Tätigkeit herauszuhalten und auf die Einflussnahme hierauf zu verzichten.

6

Elementare Daseinsvorsorge in Gestalt von Schul- und Hochschulausbildung, öffentlichem Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Vorhaltung und Betrieb von Krankenhäusern, Gewährleistung der wesentlichen Säulen sozialer Sicherung und Garantie öffentlicher Sicherheit sind Sache von Staat und Kommunen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Verkehr, Gesundheitsvorsorge, Alterssicherung, Energie- und Wasserversorgung werden von privaten Unternehmen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und mit einer Preisgestaltung entsprechend Angebot und Nachfrage besser und kostengünstiger sichergestellt als von staatlicher Bürokratie.

7

Die ständig größere Diskrepanz von Einkommen und Vermögen zwischen den reicheren und den ärmeren Schichten der Bevölkerung birgt sozialen Sprengstoff und gefährdet die Demokratie. Höhere Sätze der Einkommensteuer, eine Vermögensteuer und eine effektive Erbschaftssteuer müssen für einen Ausgleich sorgen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Leistung muss sich lohnen. Hohe Bezahlung für gute Arbeit darf keiner Neidpolitik geopfert werden. Erworbenes und geerbtes Vermögen ist Frucht eigenen Verdienstes und muss vor enteignenden Eingriffen geschützt werden.

8

Der gegliederte Sozialstaat mit einer Vielfalt von Geld-, Dienst- und Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialen Entschädigung und der Sozialhilfe für die verschiedensten Bedarfslagen bleibt unverzichtbar und muss ständig weiterentwickelt werden. Er darf weder als Hort einer bürgerfeindlichen Bürokratie noch als lästiger Kostenfaktor denunziert werden.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Die unübersichtliche, unzureichende (Kleinstrenten!) und partiell disziplinierende (Hartz IV!) Sozialbürokratie muss durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzt werden, das ein Existenzminimum sichert. Alle weitere Absicherung ist dem privaten Versicherungsmarkt zu überlassen.

9

Die Absicherung für Erwerbsminderung und Alter kann in der gesamten gesellschaftlichen Breite nur auf der Basis des Umlageprinzips erfolgen. Die seit 130 Jahren auch über unerhörte historische Krisen hinweg stabil arbeitende Rentenversicherung muss beibehalten und unterstützt werden. Sie muss künftig prekäre Arbeitsformen wie kleine Selbstständigkeit umfassen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Der demographische Wandel macht die Rentenversicherung unabwendbar zum Auslaufmodell. Alterssicherung kann künftig nur auf der Basis von privater Kapitalanlage insbesondere in Gestalt von Aktien gelingen.

10

Eigentum an Mietwohnungen ist eine sinnvolle und gesellschaftlich akzeptable Form von Vermögensanlage und Alterssicherung. Mietwohnungen dürfen jedoch nicht in riesigen Zahlen die Spekulationsmasse rein profitorientierter Kapitalgesellschaften sein. Schutz vor Kündigung und Garantie der Bezahlbarkeit der Mieten haben Vorrang vor Gewinnspannen und Wertsteigerung.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Mietwohnungen sind ein Wirtschaftsgut wie jedes andere. Der Eigentümer darf die am Markt erzielbaren Mieten verlangen und Wertsteigerungen bei Verkauf realisieren. Mangel an Wohnraum ist durch Neubau und verstärkte Eigenheimquote zu beheben.

11

Gewaltkriminalität nimmt in Deutschland seit vielen Jahrzehnten tendenziell ab. Ihre weitere Bekämpfung hat nicht durch Verschärfung der Gesetze und vermehrte Befugnisse der Polizei zu erfolgen, sondern durch gezielte vorrangig sozialpädagogische und bildungsorientierte Aktivitäten in sozialen Brennpunkten.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Die Gewaltkriminalität insbesondere von Seiten von Migranten nimmt in Deutschland ständig und dramatisch zu. Eine von linken Utopien korrumpierte Justiz schützt längst nicht mehr die Gesellschaft und lässt die Polizei im Stich.

12

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Zuwanderung aus Ländern und Regionen mit politischer Verfolgung, Krieg, Bürgerkrieg und Naturkatastrophen nicht zuletzt aufgrund der Politik der nördlichen Hemisphäre kann zwar in gewissem Maße gesteuert, kontrolliert und begrenzt werden, wird jedoch weitergehen. Bereits zugewanderte Menschen werden größtenteils in Deutschland bleiben.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Deutschland ist kein Einwanderungsland. Abgesehen von kleinen Zahlen handverlesener Fachkräfte vorwiegend aus europäischen Ländern ist Zuwanderung in jeder Weise zu verhindern und bei Bedarf auch mit harter Polizeitaktik zu bekämpfen. Die Rückkehr anerkannter und nicht anerkannter Flüchtlinge in ihre Heimat ist in jeder Weise zu fördern. Familiennachzug ist abzulehnen.

13

Eingewanderte Personen mit jeglichem Rechtsstatus müssen die allgemein gültigen Gesetze beachten und dürfen die Grundrechte insbesondere von Mädchen und Frauen nicht mit religiöser Begründung einschränken. Sie müssen sich jedoch nicht in Sprache, Religionsausübung, Konsumgewohnheiten, Kleidung und Aussehen an eine „Leitkultur“ anpassen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Länger in unserem Land verweilende Gäste sind zum vorrangigen Gebrauch der deutschen Sprache und zur Anpassung an die einheimischen Ernährungs-, Kleidungs- und Kulturgewohnheiten anzuhalten.

14

Die weltweite und einheimische jüdische Religionsgemeinschaft hat Europa und Deutschland niemals in irgendeiner Weise geschadet, sondern zur kulturellen Bereicherung beigetragen. Zugewandte Toleranz gegenüber Jüdinnen und Juden muss staatsbürgerliche Selbstverständlichkeit sein, ihr Schutz ist zwingende Aufgabe des Staates.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Das Judentum spielt seit jeher eine problematische Rolle im Weltgeschehen. Es ist international vernetzt und beherrscht teils offen und teils geheim in weitem Umfang Wirtschaft, Politik und Medien. Abwehr und Aufklärung dieser Machenschaften sind unverzichtbar.

15

Die deutschen Verbrechen unter nationalsozialistischer Führung 1933-45, insbesondere der Mord an 6.000.000 europäischen Jüdinnen und Juden, aber auch der Mord an 300.000 behinderten Menschen, der Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen viele Länder Europas, der Mord an Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die Zwangssterilisierung hunderttausender Menschen usw. usw. müssen weiterhin großen Raum im öffentlichen Bewusstsein, in der Schulausbildung, in der wissenschaftlichen Forschung und in der Gedenkkultur unseres Landes bleiben. Die nur noch geringe finanzielle Belastung durch Entschädigungsleistungen kann und muss unsere Gesellschaft tragen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Die im Detail immer noch umstrittenen und auch von Forschungstabus belegten Naziverbrechen sind ausreichend ermittelt und publiziert. Im Vergleich zu Kolonial- und Kriegsverbrechen anderer Nationen und in Relation zu Jahrhunderten deutscher Geschichte vor 1933 und zu deutschen Leistungen seit 1945 müssen sie keine große Rolle mehr spielen. Kosten für Erforschung und Gedenken wie auch für individuelle Entschädigungen dürfen nicht mehr entstehen.

16

Die deutsche Kolonialgeschichte bleibt ein im öffentlichen Bewusstsein noch viel zu wenig präsent Thema für historische Forschung und gegenwärtige Afrikapolitik. Die deutschen Verbrechen in den Kolonien werden nicht durch die Anerkennung der Einzigartigkeit der Shoah relativiert. Die museale und sonstige kulturelle Rezeption des Kolonialismus bedarf sensibler Aufarbeitung.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Die vor mehr als hundert Jahren beendete deutsche Kolonialgeschichte ist ein abgeschlossenes historisches Thema. Im Vergleich zu britischen, belgischen oder französischen Kolonialverbrechen ist eine besondere Beschäftigung mit deutscher Schuld nicht erforderlich. Entschädigungsleistungen im 21. Jahrhundert würden die tatsächlich betroffenen Opfer oder ihre Hinterbliebenen nicht mehr treffen, sondern nur korrupten Staaten der Gegenwart zufließen.

17

Die unvergleichlich größte Bedrohung unserer Demokratie und der Lebens- und Menschenrechte zahlloser Personen und Gruppen geht vom vielgestaltigen und oftmals mörderischen Rechtsextremismus aus. Er tritt in einer breiten Front zwischen dem parlamentarischen Flügel AfD und bewaffneten bürgerkriegsbereiten Gruppen auf. Das Internet verbindet entsprechende Vereinigungen und Einzelkämpfer. Breiter gesellschaftlicher Widerstand ist notwendig. Die Vernetzung des Rechtsextremismus in Bundeswehr und Polizei muss dringend weiter aufgeklärt und bekämpft werden.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Rechts- und Linksextremismus bedrohen Rechtsstaat und Demokratie in symmetrischer Form und schauen sich gegenseitig auf. Während ein konservativ-nationaler Flügel des Bürgertums mit dem ständigen Verdacht des Faschismus denunziert wird, erfreut sich ein breiter kommunistischer Untergrund bis hin zur „Antifa“ der freundlichen Unterstützung von Grünen, Linkspartei, linkem Flügel der SPD und der Nachsicht einer auf dem linken Auge blinden Justiz.

18

Sexuelle Partnerschaft und sexuelle Praktiken in Einvernehmlichkeit zwischen erwachsenen Menschen bedürfen keiner staatlichen Bewertung oder Regulierung. Die Vorschriften des Strafrechts gegen sexualisierte Gewalt markieren die Grenze staatlicher Kontrolle. Der Staat muss Diskriminierungen und Aggression gegen sexuelle Minderheiten bekämpfen. Schulische Sexualkunde hat entsprechendes Wissen zu vermitteln.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Bei aller wohlverstandenen Toleranz gegenüber sexuellen Orientierungen und Praktiken von Minderheiten darf und muss der Staat daran festhalten, dass Partnerschaft und Sexualität vorrangig der nationalen Selbsterhaltung mit der Geburt gesunder Kinder dienen. Die Schule muss hierfür werben und die Aufklärung den Eltern zu überlassen.

19

Die Freiheit der Kunst umfasst auch provokante, weithin unverständliche und für das Mehrheitsempfinden irrelevante Erscheinungsformen. Die staatliche Förderung etwa von Theater und Film hat solche Erscheinungen einzubeziehen.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Kunst und Kultur namentlich mit staatlicher Förderung haben vorrangig die Liebe zu Heimat und Familie zu fördern und eine fleißige und anständige Lebensführung zu propagieren.

20

Eine teils offene und teils verdeckte kulturelle und ökonomische Diskriminierung von Frauen und verschiedenst definierbaren Minderheiten muss weiterhin aufgedeckt und bekämpft werden. Die Sprache bleibt ein wesentliches Feld für die entsprechende gesellschaftliche Auseinandersetzung. Neuartige Varianten im geschriebenen und gesprochenen Wort und im Schriftbild dürfen und sollen erprobt und angewendet werden.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Genderwahn spaltet die Gesellschaft. Frauen oder Minderheiten gewinnen durch sprachliche Verrenkungen oder Gendersternchen keinen Vorteil.

21

Die Europäische Union muss als politischer Machtfaktor und mit verbindlichen Wertvorstellungen weiter zusammenwachsen. Sie muss nach innen und nach außen für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Klimaschutz und für die Ächtung von militärischer Erpressung, Krieg, Folter, Korruption, politischer Haft sowie ethnischer und sexueller Diskriminierung kraftvoll eintreten.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Die Europäische Union muss von überbordender Bürokratie und Bevormundung einzelner Nationalstaaten auf eine Organisation des gemeinsamen Marktes zurückgeführt werden. Auflösung der EU oder Austritt aus ihr sind einem weiteren Ausbau vorzuziehen.

22

Deutschland muss sich der ungeheuren Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gegen Russland und in Russland stets bewusst bleiben. Gleiches gilt für Polen, Litauen, Lettland, Estland, Belarus und die Ukraine, die auf jeweils auf ihrer ganzen Fläche Schlachtfeld und Tatort insbesondere des Holocaust waren. Eine Sonderbeziehung mit Russland darf nicht auf Kosten dieser Länder gehen. Der Politik der gegenwärtigen russischen Regierung gegen die Ukraine, die EU und Deutschland muss entschieden begegnet werden.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5

Die USA, die NATO, die EU und nicht zuletzt Deutschland haben Russland ab 1989 gedemütigt und provoziert. Die Gründung separater Staaten auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion beruht weithin auf westlichen Intrigen. Russland hat das Recht, die Wiederherstellung seiner früheren Interessensphäre anzustreben.

Auswertung:

Sollten Sie zwischen **22 und 40 Punkten** erzielt haben, so könnten Sie mit wesentlichen Positionen der SPD und ihrer meisten Mitglieder übereinstimmen. Jedenfalls sollten Sie zur Wahl gehen, weil ihnen jedenfalls Erfolge der AfD nicht erwünscht sein können. Auch mit FDP und Union dürften Sie Probleme haben.

Irgendwo im Bereich zwischen **40 und 80 Punkten** steht Ihnen ein breites Parteienspektrum zu Gebote. Bei CDU/CSU, FDP und Freien Wählern, partiell aber sicherlich auch bei SPD und Grünen werden sie punktuelle Übereinstimmungen finden.

Sollten Sie sich oberhalb von 80 Punkten angesiedelt haben, so ist völlig verständlich, dass Sie gewiss nicht zur Wählerschaft der SPD, der Grünen und der Linkspartei gehören. Viel Spaß anderswo!

Urheber: Andreas Knipping